

Tücken der Macht

Das Beispiel der Politik

Wir alle wissen, was Macht ist, spätestens, wenn wir ihr unterworfen sind, uns als ihr Opfer fühlen. Als Grundtatsache des Lebens und der Gesellschaft ist sie uns nur allzu bekannt. Doch: »Das Bekannte überhaupt ist darum, weil es *bekannt* ist, nicht *erkannt*.« (Hegel 1970, S. 35, Hervorhebungen im Original) Nicht obwohl, sondern weil: Allzubekanntheit ist eines der größten Hindernisse für Erkenntnis und Aufklärung. Was wir immer schon glauben zu wissen, wissen wir eben deshalb oft nicht. Daher auch hier die Unumgänglichkeit der Anstrengung des Begriffs.

1. Eine kleine Mechanik der Macht

Macht bedeutet nach der klassischen Definition Max Webers »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht« (Weber 1972, S. 28). Zentral sind hier die Elemente des *Willens* und *Widerstrebens*, ferner das unscheinbare Wörtchen »auch«. Macht besagt immer: Der Wille des einen setzt sich gegen das Widerstreben des anderen durch; jener tut etwas, das er nicht getan hätte, wenn es den »zwingenden Willen« des ersten nicht gäbe. Der Unterlegene fügt sich den Vorgaben des Mächtigen und realisiert dessen Ziele in seinem eigenen Handeln. Umgekehrt gilt, dass es die Notwendigkeit zur Durchsetzung des überlegenen Willens nur deshalb gibt, weil es das Widerstreben des anderen gibt, seine unhintergehbare Freiheit, nein zu sagen und dem ihm angesonnenen Tun eigene Motive, Ziele und Interessen entgegenzusetzen. Insofern setzt Macht immer schon Freiheit voraus; ohne die *Conditio* des Nein gäbe es auch kein Bestreben, das Nein zu negieren und in ein Ja umzubiegen. Dies ist allen Dämonisierern der Macht¹ ins Stammbuch zu schreiben: Es gibt keine »machtsterilen« Verhältnisse (Popitz 1992, S. 272). Macht ist jederzeit eine menschliche Möglichkeit; keine Macht gibt es nur, wo alle Freiheit erloschen ist und die Menschen die Fähigkeit eingebüßt haben, nein sagen zu können.

Macht ist also negative Freiheit, Freiheit zur Negation von Freiheit, und als solche universal. Wo immer Menschen soziale Ordnung stiften (und sie können nicht anders als das zu tun), muss diese Ordnung auch

1 »Die Macht ist obszön./Das freut die Wut.« (Enzensberger 1999, S. 46)

als Kanalisierung der Kontingenzen der Freiheit geschaffen und durchgesetzt werden. Dabei können die Mittel und Methoden, mit denen der eine das Widerstreben des anderen bricht, naturgemäß höchst verschieden sein: Sie reichen von der Androhung und dem Vollzug von Sanktionen, in letzter Instanz: der Anwendung körperlicher Gewalt, über das gestaffelte Offerieren materieller oder symbolischer Anreize, also die diversen Techniken von Belohnung und Belobigung, bis zur gezielten Aufweichung des fremden Gegenwillens durch Erklärungen, Gründe und allerlei Manipulationen. Auf diese uralte Trias der Machtmethoden – Peitsche, Zuckerbrot und Glauben – haben Herrschende und Eliten zu allen Zeiten in unterschiedlichen Kombinationen und Mischungsverhältnissen zurückgegriffen.

Allerdings funktionieren die drei Machtarten ganz verschieden. Strafmacht droht dem anderen empfindliche Nachteile an, wenn er an seinem Nein festhält und sich den Imperativen des anderen nicht fügt. Sie setzt auf Angst und Schrecken als Gehorsamsmotive und ist so gegenüber der Eigenperspektive des Unterlegenen vollkommen gleichgültig. Belohnungsmacht hingegen offeriert Vorteile, die für den anderen attraktiv sind und die er annehmen oder zurückweisen kann. Weil das Zuckerbrot süß ist und schmeckt, haben wir weniger das Gefühl, einem fremden Willen unterworfen zu sein. Anreizsysteme vermeiden die soziale Überdeutlichkeit von Drohungen/Sanktionen, binden den Gehorsam an intrinsische Motive und können ihn so leichter verstetigen.

Auch die Legitimationsmacht sucht an die Orientierungen des anderen anzuschließen. Ihr Ziel ist die strategische Überwindung des Nein durch Gründe und praktische Erklärungen. Der andere soll seinen Widerstand aufgeben, indem er dazu veranlasst wird, eine Deutung der Verhältnisse zu übernehmen, in der sein Gegeninteresse als ungerechtfertigt, zumindest zweck- oder aussichtslos erscheint. Sein Eigensinn soll gebrochen, das Nein in ein explizites, vielleicht zähneknirschendes Ja transformiert werden.

Machttheoretisch zentral ist hier die einschlägige, schon bei Platon entwickelte Unterscheidung von Überreden und Überzeugen.² Jemanden überzeugen heißt, ihn dazu zu bewegen, die vorgebrachten Argumente »aus freien Stücken« zu akzeptieren und die darin angesonnene Welt-sicht zu seiner eigenen zu machen. Dies ist der Kern der Habermas'schen Rede vom »zwanglosen Zwang des besseren Arguments«, gegen das man sich zwar sträuben, dem man sich letztlich aber nicht entziehen kann. Doch kann man, wenn unsere Begründungen dem anderen einleuchten, wortwörtlich: »ein Licht aufsetzen«, überhaupt noch vom Aufoktroieren eines fremden Willens, also von Macht, sprechen? Beim Überreden ist das zweifellos der Fall: In der manipulativen Umformung seiner

2 Vgl. hierzu ausführlich Höhle 1997, S. 446ff.

Wahrnehmungen und Bedürfnisse soll der andere dazu gebracht werden, seine Interessen gleichsam selber zu verleugnen und den Widerstand aufzugeben. Überzeugen hingegen lässt ihm die Freiheit von Zustimmung oder fortdauerndem Dissens. An dieser Stelle liegt meines Erachtens die Grenzlinie zwischen den Begriffen Macht und Einfluss: Überzeugen ist gewiss in höchstem Maße Einflussnahme und Beeinflussung, aber in meinem Verständnis keine Machtausübung, während Überreden als Propaganda und Agitation zweifellos auch dann eine Machttaktion bleibt, wenn sie in gelungener Gehirnwäsche das Bewusstsein eines möglichen Interessengegensatzes auszulöschen vermag.³

Allerdings fließt, was analytisch zu differenzieren ist, empirisch oft ineinander. Wenn Überzeugungen uns nützen, lassen wir uns häufig nur allzu gern dazu überreden. Ja mehr noch: Wir können uns auch selbst zur Überzeugtheit zwingen, sind allesamt Meister der Selbstüberredung. Auch die freiwillige Unterordnung unter eine unangreifbar erscheinende Macht können wir uns auf solche Weise aufnötigen. Diesen Gedanken hat Richard Sennett (1985) in seinen Londoner Freud-Vorlesungen stark gemacht: Oftmals gelangt nicht derjenige zur Macht, der das meiste Ansehen und den größten Respekt genießt, sondern umgekehrt liefern wir Achtung und Wertschätzung demjenigen nach, der ohnehin an der Macht ist und dem wir gehorchen müssen. Die der Macht entgegengebrachte Anerkennung erscheint gleichsam als »Gratiszugabe«, mit der wir uns von der kränkenden Vorstellung entlasten, unsere Autonomie aufgegeben zu haben: Nicht einem bloßen Machthaber dienen wir, sondern jemandem, der Werte und Prinzipien repräsentiert, die wir auch selbst bejahen. Die Konstruktion der Macht als Autorität funktioniert so als eine Art Selbstangleichung an bestehende Herrschaftsverhältnisse. Wo unser Nein sowieso keine Chance hätte, erziehen wir uns zum Ja.

Spätestens hier zeigt sich, dass nicht nur die direkte Durchsetzung des einen gegen den anderen, also der unmittelbare Erfolg im Konflikt, als Indikator eines Machtverhältnisses gelten kann. Weber postuliert ja, dass es vollkommen ausreicht, wenn der Mächtigere seinen Willen *auch* gegen das Widerstreben des anderen durchzusetzen vermag. Mit anderen Worten: Der Unterlegene muss seinen Widerstand keineswegs offen artikulieren, es genügt, dass er gebrochen werden könnte, würde er artikuliert. Die theoretischen und politischen Konsequenzen einer solchen Auffassung von Macht, die den Konflikt vermeidet, indem sie ihn im Vorfeld unterbindet, sind außerordentlich bedeutsam: Wer weiß, dass der andere ihn in der Ausstattung an Machtressourcen haushoch überragt, wird es sich zweimal überlegen, ob er sein Nein nicht zurückhält. Auch ohne den manifesten Einsatz wirken die Potentiale des anderen schon als latente Macht. Und ebenso kann jemand auch dadurch

3 Vgl. zu dieser Problematik Lukes 1974.

Macht über andere ausüben und ihre Interessen verletzen, dass er darüber bestimmt, was überhaupt als Streitgegenstand auf die Tagesordnung kommt und was nicht. Macht hat nicht nur, wer sich in Entscheidungssituationen durchsetzt, sondern auch, wer Entscheidungsthemen so kanalisieren kann, dass für ihn heikle Fragen gar nicht erst zur Abstimmung gelangen.⁴ Wesentlich ist nicht nur, wer das Sagen hat, sondern auch, wer das Sagen darüber hat, was in welchem Rahmen von wem mit welchen Folgen gesagt werden kann. Neben und parallel zur Entscheidungsmacht in konkreten Konfliktkonstellationen müssen wir also auch jene vielfältigen Formen und Strategien der *Thematisierungsmacht* ins Auge fassen, die einem möglichen Nein bereits dadurch zuvorkommen, dass sie ihm von vornherein die Gelegenheit verwehren, sich öffentlich zu artikulieren.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: die Labilität der Machtbalancen. Macht ist zwar ungleich verteilt, aber eben nur ungleich *verteilt*. Abgesehen von Extremsituationen absoluter Macht wie etwa der Folter oder der Lage der Häftlinge im Konzentrationslager, sind »normale« Machtverhältnisse in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass unterschiedliche Ressourcen und Machtmittel in sehr verschiedener Weise bei den Akteuren akkumuliert sind, wobei die einen über mehr, die anderen über weniger oder andere Ressourcen verfügen. Theodor Geiger hat deshalb vorgeschlagen, statt von Mächtigen und Ohnmächtigen oder Unterworfenen besser von Mächtigeren und Mindermächtigen zu sprechen.⁵ Damit verschiebt sich sogleich der analytische Blick: Wer insgesamt über geringere und »fragilere« Ressourcen verfügt, muss mit dem, was er hat, sorgsam haushalten, es planmäßig aufstocken und optimal einsetzen. Gerade der Mangel an harten Druckmitteln züchtet Machtriecher und Raffinement. Fehlende Amtsmacht kann durch Informationsvorsprünge oder die Abschirmung von Ungewissheitszonen kompensiert werden, die sich gut in Mobbing und Intrigen übersetzen lassen, Defizite an Gründen und Sachwissen kann man situativ durch moralische Aufwallung wettmachen. Ja mitunter kann sogar das Ausstellen eigener Schwäche und Abhängigkeit in eine Machtquelle verwandelt werden. So verfolgen Mütter und Ehefrauen nicht selten eine »Politik des Flunsches«: Wenn ihnen etwas nicht passt, deuten sie an, demnächst zu leiden – und sofort tanzt alles nach ihrer Pfeife. Wo normativ Egalität gefordert ist, macht die Selbststilisierung als Opfer den anderen automatisch zum Täter. Dies ist eine allgemeine Beobachtung der Machtforschung: Will man die Trägheit, die

4 Dieser Grundgedanke ist in der Machtforschung unter dem Stichwort der *non-decisions* eingeführt worden (vgl. Bachrach/Baratz 1977).

5 Geiger 1964, S. 342 – Auch Norbert Elias spricht öfter von »Machtstärkeren« und »Machtschwächeren«; dies ist der gleiche Gedanke, ich ziehe aber die Geigersche Formulierung als eleganter vor.

Selbstgefälligkeit, die Arroganz der Macht untersuchen, muss man sich an die Machthaber halten; um aber die Raffinesse, die Durchtriebenheit und Hinterfotzigkeit der Macht zu erforschen, ist es sinnvoll, vor allem die Mittel- und Mindermächtigen zu studieren.

Allerdings täuschen auch Mindermächtige sich manchmal über ihre eigenen Ziele. In einem Sozialamt, das ich in den achtziger Jahren zusammen mit einem Kollegen untersuchte, hatten die Mitarbeiter seit langem geklagt, dass man ihnen ja keinerlei Verantwortung übertrage und jede größere Ermessensentscheidung beim Abteilungsleiter gegenzuzeichnen sei. Ein neuer Amtsleiter ging nun auf ihr Ansinnen ein und räumte ihnen versuchsweise ein deutlich erweitertes Budgetrecht ein. Mit weitreichenden Konsequenzen, wie sich zeigen sollte: Rasch sprach sich nämlich der erweiterte Entscheidungsspielraum der Sachbearbeiter bei den Klienten herum, von denen ein Teil nun versuchte, ihre Ansprüche auch durch direkte persönliche Pressionen und rabiaten Konfliktverhalten in der Beratungssituation durchzusetzen. Die Mitarbeiter erfuhren, dass die größere Macht, die sie immer gewollt hatten, nicht nur mehr Eigenständigkeit und Verantwortung, sondern vor allem wesentlich mehr Arbeit und Ärger bedeutete – und es war schon einigermaßen irritierend zu beobachten, wie diejenigen, die die neue Regelung am lautesten gefordert hatten, sie nun als erste wieder loswerden wollten. Macht ist nur selten bequem, und zuweilen kann man Menschen kaum etwas Schlimmeres antun, als dass man ihre Wünsche erfüllt.

Das Beispiel zeigt, in welchem Maße Machtbeziehungen häufig dadurch modifiziert werden, dass sie immer schon in übergreifende Figurationen, also in mehrstellige dynamische Relationen und Netzwerke, eingebunden sind.⁶ Dies blendet die dyadische Machtdefinition Webers zunächst aus. Wenn A seinen Willen gegen B durchsetzt, ändert sich die Situation grundlegend, sobald C hinzutritt. Dabei kann die Rolle des Dritten oder der vielen Dritten grundsätzlich sehr verschieden sein: Er kann neutraler oder parteiischer Zuschauer, moralische Schiedsinstanz, Bündnispartner der einen oder anderen Seite, Mit- oder Unterlassungstäter, er kann alles Mögliche sein oder im variablen Verlauf des Konflikts auch erst werden – in jedem Fall aber müssen sowohl A als auch B alles, was sie tun, fortan auch im Hinblick darauf berechnen, wie C wohl reagiert. Mithin muss die Machtanalyse stets die gesamte Figuration erfassen. In empirischen Machtfeldern agieren fast immer mehrere Parteien, die freilich in der Regel über höchst unterschiedliche Ressourcenausstattungen, Machtquellen und Fähigkeiten verfügen. Dennoch können auch diese Voraussetzungen sich ändern und selbst Gegenstand des Konflikts werden. Vor allem aber ist es das dynamische Geschehen und die ständige Veränderung der Figuration selbst, die über die größeren oder

6 Zum hier verwendeten Figurationsbegriff vgl. Sofsky/Paris 1994, S. 13f.

geringeren Durchsetzungschancen der Akteure entscheidet. Nicht nur, was einer hat, sondern ebenso, wo er sich befindet, bestimmt maßgeblich über die Möglichkeit des Erfolgs. Bei einem Patt etwa gleichstarker Parteien kann ein kleines »Zünglein an der Waage« eine Bedeutung erlangen, die ihm sonst niemals zukäme. Das Schachspiel ist ein gutes Beispiel: Gewiss sind die Figuren unterschiedlich stark und mächtig, doch welche Macht sie tatsächlich ausüben, darüber entscheidet im Spielverlauf letztlich die Stellung in der Figuration. Manchmal stehen mächtige Damen blöde in einer Ecke, in die sie sich vielleicht sogar selbst manövriert haben, und ein kleiner Bauer, den niemand beachtet hat, bringt am Ende den gegnerischen König zu Fall.

Der letzte Punkt meiner machttheoretischen Skizze: Vermischung. Als reine Sozialform ist Macht äußerst selten, der pure Machtkampf die Ausnahme. Auch Weber deutet dies in seiner Formulierung bereits an, wenn der Mächtige seinen Willen »innerhalb einer sozialen Beziehung« durchsetzt. Tatsächlich ist Macht häufig mit anderen Beziehungstypen, vor allem mit Arbeit und Liebe legiert, so sehr, dass sie manchmal kaum auseinanderzuhalten sind. Gelingende Arbeitskooperationen, die allen das Äußerste abverlangen, lassen hierarchische Positionsunterschiede in den Hintergrund treten, mit zunehmender Nähe zur Front werden die Beziehungen zwischen Offizieren und Mannschaften informeller. Die Macht verschwindet keineswegs, aber sie verblasst hinter den Orientierungen der gemeinsamen Sache und der Sache der Gemeinschaft.

Noch stärker gilt dies in interpersonellen Verhältnissen. Wronski beklagt in seiner Verliebtheit zu Anna Karenina, »zuwenig gefangen« zu sein. Liebe begründet Abhängigkeit, und wo es Abhängigkeit gibt, gibt es immer auch Macht. Allerdings ist es für Liebesbeziehungen ruinös, wenn die Machtrelevanzen vom situativen Hintergrund ins Zentrum des Wahrnehmungsfeldes gelangen und alles andere einfärben. Sie zerstören die notwendige Fiktion zwangloser Zuneigung und Gemeinsamkeit (vgl. Hahn 1983) und verkehren die Beziehung ins Gegenteil: Aus der Gleichheit der Liebenden macht die Macht Sieger und Besiegte. Deshalb verliert in interpersonellen Machtkämpfen am Ende auch der Gewinner: Liebe und Vertrauen lassen sich nicht erzwingen; mit der Durchsetzung des eigenen Willens vernichtet der Mächtigere zugleich die fundamentale Freiwilligkeit der Anerkennung, auf die es in solchen Verhältnissen letztlich immer ankommt.

Doch damit nicht genug. Es ist keineswegs nur die Macht selbst, die ja als Asymmetrie der Abhängigkeit von Paar zu Paar höchst unterschiedlich verteilt sein kann, sondern bereits der allgegenwärtige, ideologisch geschürte *Machtverdacht*, der die Beziehungen vergiftet. Wenn die Geschlechterverhältnisse über Jahre in Kategorien der sexuellen Gewalt und des Missbrauchs diskutiert werden, so hat dies nicht nur zeitweilig, sondern auf Dauer und für alle dramatische Konsequenzen, die kaum

mehr rückgängig zu machen sind. Machtverdacht macht aus Liebenden Lauernde. Er polt die Wahrnehmung um und verändert die Grammatik des Fühlens. Er gestattet keinerlei Unbefangenheit und raubt den Menschen die Fähigkeit, ihre Rollen und mit ihren Rollen *zu spielen*. Hierin liegt die Ursache für die verheerenden Wirkungen des feministischen Machtdiskurses auf das Zusammenleben von Frauen und Männern in den letzten beiden Jahrzehnten. Es gibt keine politisch korrekte Erotik, und auch kein quotendeutsches Gedicht. So viel zu den Kosten der Entmischung.

2. Tücken und Dilemmata

Es dürfte hinlänglich klar geworden sein, dass Macht zwar normal und alltäglich, nichtsdestotrotz aber keine einfache Sache ist. Dies erfährt der Mächtige spätestens dann, wenn er sich unversehens in einer Situation wiederfindet, die er weder gewollt noch vorausgeahnt hat und seiner Kontrolle entgleitet. Plötzlich, ohne dass man so recht wüsste warum, ist er machtlos. Ich komme deshalb nun zu den Tücken der Macht, den mehr oder minder sicht- und erwartbaren, häufig aber auch völlig überraschenden Fallstricken, in denen Mächtige aller Couleur sich verfangen und manchmal heillos verheddern können. Hier gilt nicht nur Murphys Gesetz: Was schief gehen kann, geht schief! – nein, es kann immer noch viel mehr schief gehen, als wir uns überhaupt vorzustellen vermögen.

Allerdings soll man die Vorausschau auch nicht übertreiben. Wer *alle* Schwierigkeiten des Handelns antizipierend zu umgehen trachtet, fängt meist gar nicht erst an. Er betreibt reflektorische Selbsteinschüchterung. Ja mehr noch: Um seine Aggressivität und Entschiedenheit zu bewahren, kann in Machtkämpfen ein gewisses Maß an kognitiver Beschränkung und sogar Dummheit mitunter von großem Nutzen sein. Wo es hart auf hart zugeht, liegt der Vorteil der Dummheit darin, dass sie sich durch nichts in der Welt ablenken und beirren lässt; nachteilig ist hingegen, dass sie leider nur schwer vorgespiegelt und simuliert werden kann: Wissen und Einsicht lassen sich dummerweise nicht abstellen. Einen effektiven Machtvorsprung begründet entschlossene Dummheit deshalb vor allem dann, wenn man wirklich dumm ist.⁷

Da wir als Nicht-Handelnde jedoch von der Pflege der eigenen Bornierungen etwas entlastet sind, möchte ich im Folgenden eine kleine, theoretisch angeleitete Systematik unterschiedlich tückischer Tücken präsentieren, mit denen Mächtige vor allem in politischen Handlungsfeldern häufig und normal konfrontiert sind. Ich unterscheide dabei fünf

7 Eine schöne Analyse der Dummheit hat Richard Utz (2013, S. 161ff.) vorgelegt. [2014]

Varianten, die hier in Stichworten vorweg kurz genannt seien: 1. Inter- und Intra-Machtkonflikte, 2. Gratwanderungen, 3. Dilemmatische Zugzwänge, 4. Nichtintendierbare Erfolgsbedingungen und 5. Double-Binds.

1. Noch relativ einfache und überschaubare Probleme werfen Inter- und Intra-Machtkonflikte auf (vgl. Schneider 1978, S. 55f.). Mit diesen aus der soziologischen Rollentheorie entlehnten Konfliktmodellen sind Konstellationen gemeint, in denen entweder ein Gegensatz zwischen verschiedenen Machtrelationen in einer Figuration (A erhöht seine Macht gegenüber B und verliert dadurch gleichzeitig Macht gegenüber C) auftritt oder die Anwendungen verschiedener Machtmethoden innerhalb einer Beziehung sich wechselseitig blockieren (A kann B nicht gleichzeitig etwas aufzwingen und von ihm freiwillige Einsicht erwarten). Beispiele für Inter-Machtkonflikte gibt es zuhauf: Man kann innenpolitisch punkten und sich dabei außenpolitisch isolieren, man kann als Koalitionspartner reüssieren und dadurch die eigene Parteibasis gegen sich aufbringen oder umgekehrt die Parteibasis konsolidieren und jede Regierungschance verspielen. Und ebenso innerhalb einer Partei: Was die eine Fraktion bejubelt, empört die andere, so dass man sich wohl oder übel für eine Seite entscheiden muss. Macht funktioniert hier gewissermaßen als ein Nicht-Nichtnullsummenspiel: In der komplexen, ja überkomplexen Figuration gibt es bei jeder Aktion stets gleichzeitig Machtgewinne und -verluste, die alle Beteiligten schon im Vorfeld für sich kalkulieren und verrechnen müssen.

Der Paradefall eines Intra-Machtkonflikts ist, wie erwähnt, die mögliche Kollision von Strafmacht und Legitimationsmacht. Sie ist typisch für das Problem der Autorität. Als anerkannte, geachtete Macht ist die Autorität normalerweise nicht autoritär: Sie kann auf die Anwendung »grober« Machtmittel, Drohungen oder Sanktionen, weitgehend verzichten und das Verhalten der Autoritätsgläubigen vornehmlich durch symbolische Operationen, durch das Geben oder Verweigern von Anerkennung, wirksam steuern und beeinflussen.⁸ Doch es gibt Ausnahmen: Wenn Not am Mann ist, die Werte zerfallen und die Mäuse auf den Tischen tanzen, *muss* die Autorität durchgreifen, um die durch sie repräsentierte Ordnung und Wertordnung für alle wiederherzustellen. Ohne den autoritären Einsatz der Peitsche verlöre sie jede Reputation. Trotzdem läuft sie dabei ein hohes Risiko. Wird ihr nämlich unterstellt, sie verfolge statt des propagierten Gemeinwohls in Wirklichkeit doch nur eigene Interessen an Pfründen und Macht, so brechen die Abhängigen rasch den Stab. Insofern sind es letztlich die oftmals kaum kalkulierbaren Interpretationen und Situationsdeutungen von unten, die am Ende darüber entscheiden,

8 »Wir wollen von denen, die wir besonders anerkennen, besonders anerkannt werden.« (Popitz 1992, S. 115)

ob sich die autoritäre Autorität in einem Intra-Machtkonflikt wiederfindet oder nicht.

2. Auch Gratwanderungen sind nicht ungefährlich. Ich meine damit zunächst jene schwierigen Drahtseilakte, die Mächtige manchmal ausführen müssen, um von anderen auf den Schild gehoben zu werden oder ihre Hausmacht zu sichern. Wo Machtgewinn und -erhaltung an den Modus der Delegation gebunden sind, ist der Mächtige von der Zustimmung seiner Herkunftsgruppe abhängig. Lässt sie ihn fallen, steht er vor dem Nichts. Wie aber kann die launische Masse der vielen dazu gebracht werden, den einen zu ermächtigen?

Die Theatralik der Repräsentation ist ein heikles und interessantes Terrain.⁹ Damit die versammelten Mitglieder ihn zu ihrem Vertreter kürren, muss sich der Kandidat grundsätzlich als einer von ihnen darstellen und sie zugleich überragen. Er spiegelt den Habitus und die Orientierungen der Gruppe und ist gleichzeitig Propagandist seiner selbst. Stellt er die eigene Person und seine besonderen Qualitäten zu sehr ins Rampenlicht, so verletzt er das Ethos der Gleichheit und läuft damit Gefahr, als anmaßend oder arrogant abgestempelt zu werden; stapelt er dagegen zu tief und verzichtet auf das Herausstreichen seiner Talente und Leistungen, so fragt sich die Gruppe irgendwann, warum sie ihn überhaupt wählen soll. Um das Wir der Gruppe als Persönlichkeit auszudrücken, muss er sich immer auch von ihr distanzieren.

Gewiss gibt es für die Bewältigung dieser Inszenierungsaufgabe eine Reihe erprobter Rezepte, auf die der Delegierte bei seinem Auftritt zurückgreifen kann. Diese reichen vom euphemistischen »Wir« und die Beschwörung gemeinsamer Geschichten und Ziele über die Rhetorik der Unentbehrlichkeit und das sorgsam dosierte Selbstlob, bei dem man sich selber oftmals gar nicht erwähnen muss (vgl. Paris 1995, S. 96), bis zur kalkulierten Beschimpfung des Publikums: Der Funktionär beschwert sich bei der Basis, dass die Basis nicht funktioniert – und lässt sich im Amt bestätigen. Dennoch können all diese Strategien aufgrund zahlloser Imponderabilien und Ungewissheiten natürlich immer auch scheitern: Ob der Redner tatsächlich den Ton und die Stimmung der Versammlung trifft, ob er das Verhältnis von Kritik und Beschwichtigung richtig austariert oder umgekehrt die Polemik überzieht, ob er sich zu sehr zurücknimmt oder ihm ausgerechnet jetzt seine Eitelkeit einen Streich spielt – auch hier sind es letztlich die Reaktionen und Empfindungen der vielen, die über die Gratwanderung des einen entscheiden, ihn triumphieren oder abstürzen lassen.

Gelingende Führung ist unter diesen Aspekten stets ein prekärer Balanceakt: zwischen Nähe und Distanz, Vorpreschen und Rücksichtnahme,

9 Vgl. dazu ausführlich Sofsky/Paris 1994, S. 217ff.

Anwesenheit und Abwesenheit. Ja, auch die wirksam eingesetzte Abwesenheit, das gezielte Sich-rar- und dadurch gleichzeitig Auf-sich-aufmerksam-Machen, will gelernt sein. Freilich wird die Abwesenheit von jemandem nur dann registriert, wenn er zuvor besonders anwesend war, wenn seine Worte Gewicht hatten und gehört wurden, auch weil der Raum der Aufmerksamkeit dafür vorhanden war. Und eben diese Bedingung scheint mir unter den heutigen Verhältnissen der Omnipräsenz der Massenmedien zunehmend gefährdet oder bereits suspendiert: Moderne Gesellschaften sind vor allem laute und »erregte« Gesellschaften, in denen die Flut der Botschaften und Bilder kaum mehr jene Tabularasa-Situationen und erlebnisoffenen Räume zulässt, die für Nachklang und Resonanz nötig sind. Speziell das Fernsehen verändert, zumal wenn es sich zu einem Nebenbei-Medium entwickelt, die Darstellungszwänge und -probleme der Mächtigen enorm: Es sorgt für rasche Bekanntheit und nivelliert zugleich Aussagen und Gesichter. Wo der politische Führer allabendlich im Wohnzimmer auf dem Bildschirm erscheint und seine Parteistrategie erklärt, werden die Möglichkeiten der Entstehung von Charisma drastisch reduziert. Die Vorführung der normalen Person und des Alltagsgeschäftes der Macht durchkreuzt die Erfahrung der »Außeralltäglichkeit«, die Max Weber zufolge gerade das Wesen der charismatischen Ausstrahlung, die Aura des Charismatikers, ausmacht.¹⁰ Charisma ist nicht nur das Gegenteil von Populismus (vgl. Soeffner 1993), sondern auch von heutiger Prominenz. Der Charismatiker ist kein Tausendsassa, der sich überall zeigt und in Talkshows herumsitzt; er ist einer, der sich eher zurückzieht und nur sehr gelegentlich äußert, dann aber mit einer Überzeugtheit, einer Intensität des Glaubens an seine Sache und sich selbst, die andere an ihn glauben macht. Ansonsten schweigt er – hörbar. Die Gesetzmäßigkeiten der Massenmedien hingegen erlauben keine anwesende Abwesenheit mehr. Dies gilt sowohl für den Politik- als auch für den Kulturbetrieb: Der einzige Fall eines hörbaren Schweigens, der mir aus letzter Zeit noch bekannt ist, war die Verweigerung Wolfgang Hildesheimers.

3. Andere Probleme und Fallstricke ergeben sich für die Akteure aus dem speziellen Gebrauch der Machtmethode selber. Unter »dilemmatischen Zugzwängen« verstehe ich einen Typus von Risikokonstellationen und Schwierigkeiten, die handlungslogisch aus den formal vorgezeichneten Ablaufmustern und Strukturdynamiken des Konflikts resultieren, also gewissermaßen in der Grammatik der verschiedenen Machtformen

10 Vgl. Weber 1972, S. 142 – Zum gegenwärtigen Stand der Charisma-Forschung vgl. Lipp 1985 sowie Gebhardt/Zingerle/Ebertz 1993.

bereits angelegt sind. Dies sei hier exemplarisch an der Vertracktheit von Drohungen demonstriert.¹¹

Niemand muss einem anderen drohen, aber wenn er dies tut, setzt er ein bestimmtes Handlungs- und Beziehungsprogramm in Gang, das ihm unter Umständen rasch entgleiten und sich am Ende gegen ihn wenden kann. Drohen ist stets das bedingte Androhen einer Strafe, die der Drohende selbst veranlassen oder ausführen kann, falls der andere an seinem Widerstand festhält. Der Drohende legt sich fest und bindet sein weiteres Handeln gleichzeitig an die Reaktion des anderen. Damit die Aktion Erfolg hat, muss sowohl die Bereitschaft als auch die Fähigkeit des Drohenden, seine Drohung wahrzumachen, unbedingt glaubhaft sein: Geht der Bedrohte davon aus, dass der andere blufft, wird er kaum bereit sein, sich dem fremden Willen zu unterwerfen. Doch auch wenn er dem anderen seine Entschlossenheit abnimmt, kann er es ja darauf ankommen lassen und den Konflikt riskieren. Damit stürzt er den Drohenden in ein charakteristisches Folgedilemma: Weil der Bedrohte auf seinem Nein beharrt, steht der Mächtige plötzlich vor der unangenehmen Situation, eine seiner »Vermeidungsalternativen« (Luhmann 1975, S. 22) realisieren zu müssen, also entweder die teure Sanktion zu vollziehen, die er sich eigentlich ersparen wollte, oder umgekehrt auf die Sanktion zu verzichten, also zurückzustecken und nun als zahnloser Papiertiger dazustehen. Der fortdauernde Widerstand des anderen stellt ihn vor die Wahl zwischen Brutalität und Gesichtsverlust. Beides läuft auf eine gravierende Erhöhung seiner Machtkosten hinaus, die er unter Umständen schwer verkraften kann.

Weil die erfolglose Drohung ihn so teuer zu stehen kommt, muss der Mächtige alles daran setzen, seine Erfolgswahrscheinlichkeit zu erhöhen. Er muss von vornherein so drohen, dass der andere aller Voraussicht nach einlenken wird. Aber auch dies verstrickt den Drohenden häufig in neue Schwierigkeiten und kann ihn letztendlich aus dem grundlegenden Dilemma der Situation nicht befreien. Um nämlich die Wirksamkeit, den Einschüchterungseffekt der Drohung zu steigern, muss der Drohende seinen Aufwand beträchtlich erhöhen: Er muss klare und unzweideutige Bedingungen setzen und diese gegebenenfalls verschärfen (Ultimatum), seine Selbstverpflichtung vor aller Augen festzurren und sich jedes Hintertürchen verschließen, die Inszenierung der Glaubwürdigkeit durch lautes Säbelrasseln und sichtbares Muskelspiel verstärken – und ist am Ende doch nicht davor gefeit, dass alle diese Anstrengungen fehlschlagen und der Eigensinn des anderen nicht gebrochen werden kann. Mit anderen Worten: Je strikter das Konditional, je rigider die Selbstbindung, je größer die Glaubwürdigkeit und je drastischer die angedrohte Strafe, desto wahrscheinlicher ist zwar einerseits der Erfolg, desto höher sind

11 Vgl. auch im Folgenden Paris/Sofsky 1987.

gleichzeitig aber auch die Risiken und Kosten im Falle des Misserfolgs. Was den Erfolg der Drohung begünstigt, verschärft ebenso das mögliche Folgedilemma. Ja mehr noch: Gerade die geforderte Überdeutlichkeit der Aktion im Vorfeld erschwert nachträgliche Prozeduren des »Un-geschehen-Machens«, an denen *nach* dem definitiven Offenbarwerden des Ungehorsams aber *vor* dem Vollzug der Sanktion manchmal beide Seiten ein vitales Interesse haben. Man kann nicht vorher wilde Drohungen ausstoßen und den anderen anschreien – und dann im Nachhinein so tun, als habe man gar nichts gesagt.

Ähnliches lässt sich auch für die anderen Machtmethoden, Anreize und Legitimierungen, durchspielen. Hier gelten andere Gesetzmäßigkeiten und Zugzwänge, auf die ich jedoch nur kurz eingehe. Anreizsysteme überwinden das Nein des anderen durch das In-Aussicht-Stellen von Belohnungen und Gratifikationen¹² und kehren damit die Ressourcenökonomie des Machteinsatzes im Vergleich zu Drohungen geradezu um: Drohungen sind billig, wenn sie erfolgreich sind, und teuer, wenn sie fehlschlagen; bedingte Versprechen hingegen sind billig, wenn das Angebot abgelehnt, und teuer, wenn es angenommen wird (vgl. Schelling 1960, S. 177). Gewiss können Anreizsysteme trotz ihrer hohen Kosten den Gehorsam und die Loyalität der Abhängigen leichter auf Dauer stellen; gleichzeitig aber züchten sie, sobald die Gratifikationen oder deren Steigerung zur Gewohnheit und schließlich unentbehrlich geworden sind, auch eine gewisse Versorgungs- und Anspruchsmentalität der Mindermächtigen, die diese dann, wenn die Ressourcenbasis des Herrn langsam schwindet, schon bei kleineren Einschnitten oftmals zu dramatischen Konfliktreaktionen veranlasst. Insofern ist die durch funktionierende Anreizsysteme erkaufte Ruhe mitunter trügerisch: Die Wirksamkeit leiert aus und nicht selten rebellieren gerade verwöhnte Kinder besonders harsch gegen ihre Eltern.

Auch Legitimierungen werfen häufig Nachschubprobleme auf. Wer andere durch Gründe von ihrem Nein abbringen will, muss ja auch welche haben. Und er muss weitere in der Hinterhand haben, falls der Überredungseffekt nachlässt. Die Chance der Legitimationsmacht setzt strukturelle oder erworbene Asymmetrien der Wissensverteilung voraus, die indes stets variabel sind und sich darüber hinaus durch die Anwendung des Machtwissens selbst schrittweise vermindern können. Dass Wissen per se Macht sei, ist ja ein frommer pädagogischer Wunsch. Wissen ist nur dann als unmittelbares Druckmittel einsetzbar, wenn es sich um exklusives Wissen handelt: Wissen, das der eine hat und der andere nicht, aber braucht. Nur ein Wissens- und Informationsgefälle gibt dem einen

12 Auf die bedeutsamen Differenzen zwischen materiellen und symbolischen Gratifikationen gehe ich an dieser Stelle nicht ein. Vgl. dazu Paris 1995, S. 92ff.

die Möglichkeit, das Unwissen des anderen auszunutzen, ihn etwa mit Erklärungen zu traktieren, die er nicht überprüfen kann, oder ihn, im Falle der Intrige, genau auf dasjenige Gleis zu setzen, das man für ihn vorgesehen hat. Gleichwohl ist vor allem die längerfristige Handhabung der Informationsmacht höchst schwierig und risikoreich: Anders als bei der Amtsmacht, die durch ihren routinemäßigen Vollzug nicht geschmälert wird, birgt nämlich jeder Gebrauch von Wissen und Informationen als Vehikel der Machtausübung grundsätzlich die Gefahr, dass das Wissen auf diese Weise zugleich aus der Hand gegeben, also weniger exklusiv wird und sich somit die Machtdifferenz verringert. Insofern muss die Legitimationsmacht stets dafür Sorge tragen, dass sie immer schon *mehr* weiß als das, was sie gerade sagt. Sie muss dem Abschmelzen ihrer Wissensüberlegenheit durch ständige Wissenszufuhr gegensteuern – und ist natürlich trotzdem keineswegs davor sicher, dass der andere das, was er gestern noch einleuchtend fand und ihn willfährig machte, heute mit Verve verwirft.

4. Die Unwägbarkeit der Akzeptanz von Begründungen deutet indirekt auf eine weitere Art von Schwierigkeiten hin, die ich als »nichtintendierbare Erfolgsbedingungen« klassifiziere. Hierunter sollen solche Probleme und Tücken verstanden werden, die sich für die Akteure in Machtfigurationen systematisch daraus ergeben, dass sie in ihrem zweckrationalen Handeln oftmals auf mentale und affektive Voraussetzungen, Gefühlszustände und Stimmungen rekurren müssen, die sich einer bewussten Steuerung und Einflussnahme entziehen, ja durch alle Versuche dazu elementar blockiert werden können. Jon Elster (1987, S. 141 ff.) bezeichnet solche Verhältnisse als »Zustände, die wesentlich Nebenprodukt sind«, Beziehungen also, in denen die Menschen versuchen, etwas zu wollen, was nicht gewollt werden kann. Ein Beispiel ist der Spaß. Wir tun etwas, was uns Spaß macht. Der Spaß ist etwas, das sich »einstellt«, was sich uns gleichsam zugesellt, weil wir ganz in der Sache aufgehen, mit der wir gerade beschäftigt sind. Das Vergnügen, das wir empfinden, ist vorrangig Beiprodukt unseres Handelns und nicht primär sein Zweck. Im Gegenteil: Wenn wir etwas tun, *damit* es uns Spaß macht, macht es uns weniger Spaß. Hierin liegen die Paradoxien des heutigen, sich in immer extremeren Formen darstellenden Freizeit- und Vergnügungsmarktes: Die rabiaten Kasper der »Spaßgesellschaft« verstehen nicht nur keinen Spaß (was anderen Spaß macht und sie selber stört, finden sie gar nicht lustig!), sie verstehen im Grunde auch nichts vom Spaß: Jener kann nicht erjagt werden, und alle Versuche, »um jeden Preis« Spaß zu haben, treiben ihn letztlich ab.

Die These ist nun, dass die für die Ausübung politischer Macht so zentrale Problematik der Glaubwürdigkeit einer ähnlichen Mechanik unterliegt. Auch Glaubwürdigkeit kann im Grunde nicht gewollt oder gar

strategisch »hergestellt« werden, sie ist etwas, was sich als unwillkürlicher Reflex in der Wahrnehmung eines anderen spontan aufdrängt und in der weiteren Beurteilung seiner Person kontinuierlich verfestigt, einfach, weil er uns überzeugt und wir ihm deshalb vertrauen. Jemandem zu glauben, ist im Kern immer das Resultat eines freien, aus der Perspektive des anderen letztlich kontingenten Entschlusses. Was einer wirklich glaubt und welchen Eindruck wir auf ihn machen, können wir im strengen Sinne immer nur vermuten; wir können versuchen, ihm ein günstiges Bild von uns nahezulegen, erzwingen können wir diese Wertschätzung nicht.¹³ Und typischerweise stellt sich auch hier der Effekt der Glaubwürdigkeit vor allem dann ein, wenn wir uns in dem, was wir tun, ganz auf unsere Sache konzentrieren und das Urteil der anderen zunächst ignorieren: Wer sich darum bemüht, anderen gegenüber glaubwürdig zu erscheinen, wirkt eben darum häufig weniger glaubwürdig. Das Publikum merkt die Absicht und ist deshalb verstimmt.

Es handelt sich hier ohne Zweifel um eine Grundfrage, die, wie Richard Sennett (1983) überzeugend gezeigt hat, bereits im neunzehnten Jahrhundert den Prozess der Herausbildung des modernen Politiksystems entscheidend geprägt und sich seitdem beständig verschärft hat. Wenn die Glaubwürdigkeit einer Person nicht länger an der Frage der Übereinstimmung von Reden und Handeln und der Verantwortung für die – antizipierbaren oder eingetretenen – Handlungsfolgen, sondern stattdessen an der übermittelten Authentizität des Ausdrucks und der dargestellten Emotionen, also am beeindruckenden Auftritt, festgemacht wird,¹⁴ so verändern sich damit zugleich zentrale Voraussetzungen und Handlungsbedingungen politischer Macht, die jetzt immer stärker auf

13 Ähnliches gilt übrigens parallel für die Aufmerksamkeit: Auch hier ist es so, dass etwas unsere Aufmerksamkeit »erregt« oder wir umgekehrt jemandem unsere Aufmerksamkeit »schenken«, wenn wir ihm gebannt zuhören. Gewiss kann man Aufmerksamkeit, etwa durch besonders drastische Inszenierungen, Normbrüche oder Überbietungsreize, auch erzwingen, und doch ist eine derart augenöföigte Aufmerksamkeit häufig eine, die rasch erlahmt, also am Ende nicht besonders aufmerksam ist. – Zur brillanten Analyse der Marktdynamik solcher Prozesse vgl. Franck 1998.

14 Ich bin nicht sicher, ob man wie Sennett tatsächlich von einem gesellschaftlichen Substituierungs- oder Ersetzungsverhältnis der beiden Glaubwürdigkeitscodes ausgehen sollte oder ob es sich hier nicht doch eher um eine zweifelloso bedeutsame Ergänzung und Akzentverschiebung, also gleichsam um ein Auflastungsverhältnis handelt: So blendend und überzeugend nämlich der unmittelbare Eindruck der Glaubhaftigkeit qua Expression auch sein mag, so sehr scheint mir trotzdem auch in der Gegenwart die Frage nach den konkreten Ergebnissen einer Politik und möglichen Diskrepanzen von Reden und Tun nach wie vor aktuell und keineswegs überholt zu sein.

die Mobilisierung und Zustimmung eines Massenpublikums angewiesen ist. Die rationale Bewertung der Resultate der Machtausübung gerät in den Hintergrund, so dass sich die Persönlichkeitstypik der politischen Führung vor allem nach ihrer aufputschenden oder mäßigenden Funktion in Bezug auf die Massenemotionen und -ressentiments neu ordnet und differenziert (vgl. Kirsch/Mackscheidt 1985). Wo Wahlen entscheiden, hängt in Zukunft alles von der erfolgreichen Lenkung der Willensbildung und Stimmungen des Publikums ab. Doch wie immer der moderne Politiker sein Verhältnis zu den Massen und deren Aufwallungen im Einzelnen bestimmt, er entgeht am Ende nicht der genannten Schwierigkeit, mit dem Versuch der »Herstellung« von Glaubwürdigkeit etwas wollen zu müssen, was letztlich nicht gewollt werden kann.¹⁵

5. Der letzte Typus von Tücken, auf den ich hier eingehen möchte, sind Double-Binds. Dies sind bekanntlich selbstwidersprüchliche und gleichzeitig jeweils sanktionsbedrohte Handlungsaufforderungen, so dass *jede* der vorgegebenen Reaktionen des Adressaten negativ sanktioniert wird.¹⁶ Was immer der andere tut, er bestätigt die aggressiven Zuschreibungen des Doppelbinders und wird es seinem Gegenüber niemals recht machen können. Beispiele für derartige Konstellationen gibt es nicht nur im privaten, sondern auch im politischen Leben in großer Zahl. Ja, sogar die sozialen und kulturellen Konflikte im Prozess der deutschen Vereinigung weisen oftmals solche Beziehungsstrukturen auf. Etwa: Man wirft dem anderen Besserwisserei vor und verlangt zugleich, dass er es besser weiß. Oder, in West/Ost-Richtung: Man verachtet Unterwürfigkeit, doch wehe der andere unterwirft sich nicht den eigenen Vorgaben und Maßstäben.

Doppelbindungen sind eine Methode, in affektiv hochgeputzten, ressentimentgeladenen Verhältnissen immer Recht zu behalten. Wenn ich dem anderen unterstelle, er sei böse, gibt es für ihn grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Verhält er sich mir gegenüber brüsk und abweisend, so beglaubigt er mein negatives Fremdbild; ist er hingegen freundlich und zuvorkommend, so tarnt er sich nur, denn er ist ja in Wirklichkeit böse. Also muss ich ihn weiterhin so behandeln, als sei er böse, bis er irgendwann die Maske fallen lässt und seine Bosheit offenbart.¹⁷ Ähnlich ergibt

15 Hinzu kommt, dass der Vorwurf mangelnder Glaubwürdigkeit in Wirklichkeit ja oftmals bereits in personalisierend-verleumderischer Absicht, eben als persönlich gemeinter Affront, erhoben und ausgeweitet wird. Vgl. hierzu die gute Beobachtung von Michael Klonovsky 2008, S. 99: »Glaubunwürdig – das ist eigentlich gemeint, nicht unglaubwürdig.« [2013]

16 Zu den formalen Charakterisierungen vgl. Watzlawick/Beavin/Jackson 1969, S. 194ff.; eine umfassende theoretische Grundlegung liefert Bateson 1985.

17 Vgl. zu diesen Provokationstechniken Paris 1989, S. 37f.

es heute den Politikern. Man spricht ihnen jede Kompetenz und Verantwortlichkeit ab – und verlangt von ihnen gleichzeitig Wunder. Man verachtet sie, doch wehe, sie versorgen einen nicht. Menschen, die von der Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie kaum eine Ahnung haben, wissen aufs Genaueste um die Bedeutung des Begriffes »Diäten«: Politiker sind skrupellose Selbstversorger, die nur in die eigene Tasche wirtschaften und am Gemeinwohl vollkommen desinteressiert sind. Wenn sie nun die Diäten erhöhen, so bestätigt das ihre Raffgier; verzichten sie jedoch darauf und frieren ihre Bezüge ein, so bezeugt dies nur die Unglaublichkeit ihrer früheren Behauptungen, dass eine Diätenerhöhung notwendig sei. Es ist vollkommen irrig zu glauben, Zugeständnisse könnten dem Ressentiment Einhalt gebieten.

Der Logik des Double-Bind entspricht eine bestimmte, sich gegen widerstrebende Argumente und Erfahrungen von vornherein immunisierende Realitätskonstruktion (vgl. Mehan/Wood 1976). Man deutet die soziale Wirklichkeit in einem eng umgrenzten Raster einiger weniger Kernaussagen, die in ihrer semantischen Struktur und ihrem Allgemeingrad so beschaffen sind, dass sie prinzipiell nicht falsifiziert werden können, dass also jedes mögliche Ereignis und jede denkbare Entwicklung sie in irgendeiner Weise bestätigt. Ein Beispiel ist die grüne Kassandra: Sie malt das Unheil an die Wand und kann, wenn es nicht eintritt, natürlich stets behaupten, es sei lediglich *noch* nicht eingetreten. Da über die Zukunft am Ende nur die Zukunft entscheidet, ist dies grundsätzlich unabweisbar. Und sofort sitzt der Widerpart angesichts der Größe der Gefahren erneut in der Falle des Double-Bind: Jede Versachlichung ist Verharmlosung, keine noch so großen Sicherheitsanstrengungen werden die Angst je beschwichtigen können. Auch der Alarmismus richtet die Dinge immer so ein, dass er schwerlich Unrecht haben kann: Trifft das Unheil ein, ist er bestätigt, bleibt es aus, hat er erfolgreich gewarnt.

Der politischen Macht am Pranger lassen solche Konstellationen kaum eine Chance. Wie führt man Menschen, die Führung offensiv verwerfen und sich zugleich insgeheim danach sehnen? Nicht nur, weil sich auch in den Reaktionen auf Doppelbindungen der paradoxe Charakter der Interaktion oftmals reproduziert; auch die beiden systematischen Wege der Auflösung, nämlich das metakommunikative Freilegen der Widersprüchlichkeit der Erwartungen oder der Abbruch der Beziehung durch Verlassen des Handlungsfeldes, sind dem Politiker weitgehend versperrt. Gewiss kann es ihm manchmal gelingen, einen journalistischen Fallensteller durch eine geschickte Rückfrage oder eine die Vermeidungsalternativen explizierende Antwort zu entlarven. Wo aber die generellen Austauschverhältnisse der Politik durch solche – auch massenmedial geschürten – Wahrnehmungsmuster grundlegend überformt und vorgeprägt sind, steht der Mächtige weithin auf verlorenem Posten. Er kann letztlich nichts anderes tun als zu versuchen, durch das unbeirrte

Insistieren auf der Kärnerarbeit an den Problemen den Vorrang der Sachrelevanzen wiederherzustellen, um auf diese Weise das Double-Bind zwar nicht zu durchbrechen, aber vielleicht ein wenig in den Hintergrund zu drängen.

3. *Das Machtspiel der Politik*

»In der Politik geht es erstens um Macht, zweitens um Macht, und drittens um Macht.« Dieses klassische Diktum Ernst Fraenkels, des Nestors der deutschen Politikwissenschaft, ist nach wie vor uneingeschränkt gültig. Als strategisches Handeln zielt Politik darauf, den eigenen Interessen, Zielen, Wert- und Ordnungsvorstellungen gesellschaftlich Geltung zu verschaffen und sie in einem geregelten Machtspiel durchzusetzen. Es ist damit eingebunden in eine übergreifende Struktur, eine *Sphäre* der Politik, die man als die Gesamtheit all derjenigen Prozesse beschreiben kann, in denen eine Gesellschaft ihre eigene Entwicklung zum Gegenstand bewusster Entscheidungsfindung macht.

In parlamentarisch-demokratischen Systemen unterliegt die Konstituierung politischer Macht einer Reihe von Bedingungen, die für alle Akteure verbindlich sind. Sie ist grundsätzlich legitimierte, also begründete und »ermächtigte« Macht, die in geregelten Verfahren gekürt wird und in ihrer Anwendung des Gewaltmonopols rechtsstaatlicher Kontrolle unterliegt; sie ist ferner geteilte Macht, das heißt, sie unterliegt dem Prinzip der »Teilung der Macht in Mächte« (Marquard 1986, S. 7), die sich gegenseitig kontrollieren und durch ein institutionalisiertes System von *Checks and Balances* in Schach halten; und sie ist schließlich zeitlich begrenzte Macht, die in periodischen Abständen zur Disposition steht und sich erneut legitimieren muss, so dass die Chance des Machtwechsels zur Normalität der Politik gehört. Darüber hinaus wird Macht in diesem Rahmen normativ gerade nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck der Herstellung gesellschaftlicher Ordnung, also als Gestaltungsmacht, aufgefasst – eine Vorgabe, an der, allen Verfestigungen von Positionsasymmetrien und Pfründen zum Trotz, alle Aktivitäten des politischen Personals kritisch gemessen werden.

Unter diesen komplexen Voraussetzungen kann das Machtspiel der modernen Politik als Gleichzeitigkeit und Überlagerung dreier Konflikttypen beschrieben und analysiert werden, und zwar 1. als programmatische Sachgegnerschaft der Parteien um die Durchsetzung bestimmter gesellschaftlicher Ordnungsmodelle und -entwürfe, 2. als strategische Rivalität von Berufspolitikern um die Erringung politischer Ämter und Führungspositionen und 3. als massenmedial vermittelte Eindruckskonkurrenz gegenüber einem Wahlpublikum, dessen Votum am Ende über die konkrete Machtverteilung, also die jeweiligen parlamentarischen

Kräfteverhältnisse und Funktionsrollen entscheidet. Diese drei Streitformen seien zunächst kurz skizziert und dann in einem komplexeren Bild zusammengefügt.

1. Das Ringen um politische Macht ist zuerst ein Kampf um soziale Ordnung. Verschiedene Parteien, die gleichzeitig diverse Bevölkerungsgruppen und Soziallagen repräsentieren, konstituieren sich als politische Akteure, die auf der Grundlage allgemeiner Programme spezielle Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme erarbeiten und darüber in einen ständigen argumentativen Wettstreit eintreten. Ihr Verhältnis ist das einer diskursiv ausgetragenen Gegnerschaft in der Sache, bei der die unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen, Wertpräferenzen und Maßnahmenkataloge in Parlament und Öffentlichkeit aufeinanderprallen. Hierzu benötigen sie sachlich angemessene Konzepte, die sich in gute und bessere Argumente mit dem generellen Ziel der Herstellung von Zustimmung und Mehrheiten übersetzen lassen. Der Streit ist vor allem Sachstreit: um die richtige Ordnung, die legitimen Werte, die besten Lösungen.

2. Gleichzeitig ist Politik in der modernen Parteiendemokratie grundsätzlich auch ein Kampf von Personen um Ämter. Die Wege der Parteikarriere sind vorgezeichnet: vom Mitglied zum Delegierten, vom Delegierten zum Funktionär, vom Funktionär zum Parteiführer und zum Spitzenkandidaten. Auf allen Ebenen rivalisieren wenige um die Gunst vieler, um von ihnen in die begehrten Positionen gewählt zu werden. Dabei müssen die ambitionierten Kandidaten in der gegebenen Figuration immer schon eine Vielzahl wechselnder Relationen und Bedingungen berücksichtigen: Sie müssen ihre Hausmacht sichern oder ausdehnen, Sachkompetenzen erwerben und Ressortansprüche anmelden, freie Sessel erspähen und vor allem ihre möglichen Konkurrenten im Auge behalten, um sie bei Gelegenheit auszustechen. Die Sache, um die hier gestritten wird, sind Aufstiegschancen, Positionsmacht und Pfründen.

3. Am Ende jedoch entscheidet der Souverän, das Volk, das seinem Willen in allgemeinen Wahlen Ausdruck verleiht. Alle Bemühungen um die richtige Ordnung, die gangbare Lösung, das angestrebte Amt sind letztlich zum Scheitern verurteilt, wenn der Wahlerfolg ausbleibt. Erst die Mehrheit verhilft den Parteien und ihren Repräsentanten zur Macht. Deshalb müssen sie jenseits aller sonstigen Relevanzen vor allem um die Mehrheit buhlen, die sie unter den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen zuallererst über die Massenmedien erreichen. Weil sie nur gewählt werden, wenn sie die Massen gewinnen, werden die Massen fortan zum Hauptadressat ihrer Politik.

Damit verschiebt sich der Fokus der Auseinandersetzung in dramatischer Weise auf den Eindruck, den die Politiker beim Wahlvolk hinterlassen. Politische Inszenierungen wie spektakuläre Versammlungsauftritte

oder Parteitage, das Ritual parlamentarischer Redeschlachten, *Spin-Doctors*, die Fernsehduelle fortspinnen, um dem Publikum seinen ersten Eindruck zu erklären – all das erweist den politischen Kampf unter den Bedingungen einer strukturellen Thematisierungsmacht der Massenmedien als eine immer weiter vorangetriebene Konkurrenz um das Interesse und die Aufmerksamkeit sowohl der Vermittlungsagenturen als auch des Massenpublikums. Die Resultate dieser Entwicklung sind bekannt: Personalisierung, öffentliche Privatheit, Zentrierung auf wenige Kernthemen, die sich leicht affektiv aufladen und polarisieren lassen, Info- und Politainment als neue Formate von Berichterstattung und Politik. Dennoch wäre es falsch, von dieser Umorientierung der Inhalte und Darstellungsformen auf ein generelles Obsoletwerden der anderen Konflikttypen zu schließen. Im Gegenteil: Nichts interessiert Journalisten und Zuschauer mehr als der neueste Stand in Sachen »Kanzlerkandidatur«, und auch die Debatte konkreter Reformvorschläge kann bei einem notorisch geizigen Publikum nach wie vor auf einige Resonanz und Einschaltquoten hoffen. Ja sogar der aktuelle Stand der Eindruckskonkurrenz selbst wird im Politbarometer regelmäßig gemessen und präsentiert.

In diesen komplexen Bezügen und Überlagerungen lässt sich das Machtspiel der Politik vielleicht am besten als »geregeltes Getümmel« beschreiben. Man stelle sich etwa ein riesiges Spielfeld vor, auf dem nicht nur zwei, sondern zehn/fünfzehn Mannschaften unterschiedlicher Größe und Stärke gleichzeitig gegeneinander antreten und um den Sieg ringen. Alle sind sehr entschlossen, denn es geht um viel, weshalb auch innerhalb der Teams Streiterei und Gerangel an der Tagesordnung sind. Zugleich ist allerdings nicht so recht klar, welches Spiel überhaupt gespielt wird: Die einen spielen Fußball, die anderen eher Handball oder Rugby. Schiedsrichter gibt es keine. Zwar sollen gewisse Fairness-Regeln eingehalten werden, die jedoch höchst unscharf definiert sind. Es stehen auch Tore herum, in die die verschiedenen Mannschaften hin und wieder hinein treffen, doch die Anzahl der Tore entscheidet nicht über den Ausgang des Spiels. Wer am Ende tatsächlich gewonnen oder verloren hat, darüber befinden nach Spielschluss die vielen Zehntausende von Zuschauern, die natürlich die ganze Zeit über alles andere als neutral sind, im gewaltigen Stadionrund per Abstimmungs-votum und Akklamation. Dies ist in groben Umrissen die Machtfiguration der modernen Politik.

Zusätzlich erschwert wird das Spiel, um die Verwirrung komplett zu machen, durch eine Reihe weiterer Unklarheiten, Grauzonen und Widersprüchen, die für die Funktionsweise politischer Macht in Massendemokratien charakteristisch sind. Schon im politischen Sachstreit ist häufig nur äußerst unscharf zu fixieren, worum es überhaupt geht. Die Fokuse der Auseinandersetzung wechseln abrupt, Themen und Adressaten

werden ständig verschoben,¹⁸ jede der Parteien versucht, die aktuelle Tages- und Schlachtordnung so zu steuern, dass sie im Wettstreit der Argumente die Nase vorn hat. Aber auch dort, wo die diskursive Eingrenzung des Gegenstandes einigermaßen gelingt, unterliegt der Sachstreit in der Politik einer systematischen Restriktion, die ihn vom Sachstreit im engeren, idealtypischen Sinne unterscheidet. Wenn zwei Architekten sich erbittert über die Statik einer Brückenkonstruktion streiten und der eine sich schließlich durchsetzt, die Brücke nach seinen Plänen gebaut wird und sofort danach einstürzt, kann sich der andere zurücklehnen und sagen: »Das war wohl nichts!« Der technische Sachstreit ist grundsätzlich dadurch gekennzeichnet, dass er die Möglichkeit einer unanfechtbaren Entscheidung durch die Sache selbst eröffnet: Welcher von beiden Architekten Recht hat, darüber entscheidet in dem gegebenen Rahmen die einstürzende oder nichteinstürzende Brücke. Und eben diese Perspektive der Teleologisierung des Konflikts, seine definitive Beendigung durch die Reaktionen der Sache selbst, ist im Sachfeld der Politik wenn überhaupt nur in Ausnahmefällen gegeben: Gewiss gibt es stets eine Vielzahl von Prognosen über Problemlösungen und Entwicklungen, die sich bewahrheiten oder fehlschlagen können; worauf aber der konkrete Erfolg oder das Scheitern einer Politik jeweils im Einzelnen zurückzuführen sind, wird aufgrund der unüberschaubaren Komplexität des Zusammenwirkens verschiedener, immer schon wechselseitig verflochtener Faktoren und Ursachen im Gesellschaftsgeschehen niemals mit der gleichen Sicherheit nachzuweisen sein, wie das bei der in Trümmern liegenden Brücke der Fall ist.

Hinzu kommt, dass wir und auch die Akteure selber eigentlich nicht so recht wissen, was ein Politiker, geschweige denn ein guter Politiker ist. Einer gewinnt mit Rattenfängerparolen Wahlen und Mehrheiten, ein anderer hat vielleicht brauchbare Konzepte, fällt aber bei den Delegierten durch. Anders als beim Arzt oder Ingenieur existieren für die Tätigkeit des Politikers kaum klar konturierte Aufgaben- und Erfolgskriterien, die Aufstiegswege und Karrierekanäle sind vielfältig und gewunden, von einer gegliederten und durch fachgemeinschaftliche Kontrollgremien überwachten Ausbildung kann keine Rede sein. Politiker wird man einfach, indem man sich entschließt, in der Politik »mitzumischen«. Politik ist insofern im strengen Sinne kein Beruf, auch Max Webers berühmter Vortrag von 1919 (vgl. Weber 1977) ist ja eher eine Art Tugendkatalog und keinesfalls eine Fixierung von Professionsstandards. Tatsächlich handelt es sich bei der hauptamtlichen Politik in parlamentarischen Systemen nach wie vor um eine »Semiprofession«, die gerade keinen verbindlichen Kanon beruflicher Orientierungen aufweist; Birgitta Nedelmann (1990,

18 Zum ursprünglich in der Industriesoziologie entwickelten Konzept der Inhalts- und Adressatenverschiebung vgl. Euler 1973, S. 57ff.

S. 132f.) spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer »normativen Normlosigkeit« der Politikerrolle. Mit anderen Worten: Politiker kann prinzipiell jeder sein, der von anderen auf den Schild gehoben wird und nach der Erringung der Macht die ihm formal zustehenden Entscheidungen trifft.

Die Unwägbarkeiten der Sache und das Fehlen professioneller Kriterien machen das Geschäft des Politikers häufig zu einer hochgradig risikoreichen Angelegenheit. Nichts ist sicher, jederzeit kann sich etwas ereignen, was alle bisherigen Kalkulationen umstürzt und die Karten von Grund auf neu verteilt. Zu Recht hat Karl Heinz Bohrer (1988, S. 34) darauf hingewiesen, dass das Feld der Politik (neben Fußball und Journalismus) eines der wenigen beruflichen Areale in der modernen Gesellschaft ist, auf dem es noch echte Dramen und Abenteuer gibt. Politiker müssen nicht nur dafür geradestehen, was sie selber tun, sondern auch dafür, was in ihrem Verantwortungsbereich geschieht und die Massen erregt. Unwissen oder rechtlich nicht zu beanstandendes Verhalten schützt sie keineswegs davor, öffentlich an den Pranger gestellt und pauschal verurteilt zu werden. Die Massenwahrnehmung folgt einem einfachen Prinzip, das man geradezu als ein Grundgesetz des Sozialen ansehen kann: Leid sucht Schuld. Gegen den plötzlich aufbrechenden und ausufernden Skandal kann sich der moderne, in vielfältige Abhängigkeiten verstrickte Berufspolitiker kaum wappnen. Der Skandal ist wie eine Lawine, die ihn überrollt. Er kann versuchen, ihn auszusitzen, aber über das Gelingen oder Scheitern des Konfliktmanagements entscheiden andere. Mit einem Schlag ist der Mächtige machtlos. Auch alte Hasen, die wissen, wie der Hase läuft, können am Ende nichts dagegen tun, dass ihnen die Sache völlig aus den Händen gleitet und sie über Nacht unversehens als Buhmann dastehen.

Die fortlaufenden Affären und Enthüllungssorgien verweisen auf eine dritte und letzte Problemdimension, die ich als Selbstungewissheit des Publikums bezeichnen möchte. Hierunter fasse ich, wie schon im Abschnitt über das Double-Bind angedeutet, all jene Massenerscheinungen von Dauererregung und Missbrauchsverdacht, wie sie in den westlichen Demokratien spätestens seit den achtziger Jahren gang und gäbe geworden sind. Der moderne Mensch, so die allgemeine Zeitdiagnose, weiß nicht mehr, wer er ist und was er will oder fühlt – und strebt deshalb umso entschiedener nach »Selbstverwirklichung«. Er übersetzt seine Verwirrtheit in Radikalität. Odo Marquard (1986, S. 77ff.) hat von der Gegenwart als einem *Zeitalter der Weltfremdheit* gesprochen. Die Ursache dieser Entwicklung sieht er, im Rückgriff auf die metahistorischen Kategorien Reinhart Kosellecks (1979), in einem aus der Balance geratenen Verhältnis von Erfahrungshintergrund und Erwartungshorizont: Den uferlos wachsenden Erwartungen der Menschen steht ein gleichzeitig ständig abschmelzender Kern verlässlicher Eigenerfahrungen gegenüber,

so dass sie auf die Enttäuschung ihrer »Überhoffnungen« nicht mehr mit Ernüchterung, sondern mit Panik reagieren. Und eben diese gleichsam selbsterzeugte Konfusion schlägt sich im allenthalben grassierenden Politikerhass nieder. Hier von »Verdrossenheit« oder einfachem Schimpfklatz zu reden, ist meines Erachtens eine gefährliche Verharmlosung solcher Selbstverhetzung. Die Politik hat es heute weithin mit panischen Publika zu tun, denen sie es, was immer sie auch versucht, kaum jemals recht machen wird.

Freilich könnte man fragen: Wenn weder die Sache noch die Arbeit noch die Präferenzen der Adressaten der Politik klar sind – warum kann sie dann eigentlich überhaupt funktionieren und die Ordnung erfolgreich ordnen? Die Antwort darauf ist einfach: Es sind die konstitutiven Regeln des Spiels, der institutionelle Rahmen, das Verfahrenskorsett und die Betriebsförmigkeit der Prozesse, die das Getümmel einhegen und begrenzen und in periodischen Abständen dafür sorgen, dass der Streit irgendwann beendet und entschieden wird, also teleologisiert werden kann. Kurzum: Es ist letztlich der Wahltag, der im Machtspiel der Politik die einstürzende Brücke der Architekten ersetzt.

Im Übrigen muss man sich klarmachen, wie sehr unser Blick auf dieses Tohuwabohu natürlich höchst selektiv und eingeschränkt ist. Wir nehmen als Bürger und Zuschauer, ja auch als Wissenschaftler im Normalfall immer nur kleine Ausschnitte des überkomplexen Konfliktgeschehens und der Machtfiguration wahr und blenden notwendigerweise viele andere Aspekte und Fragebereiche aus. Ich möchte deshalb hier abschließend ein einfach konstruiertes formales Schema präsentieren, das es erlaubt, im Gesamtspektrum der Politik verschiedene Handlungssektoren und Konfliktkonstellationen zu identifizieren und uns so bei der Verortung der Einzelprobleme vielleicht helfen kann.

Der Ausgangspunkt ist die von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Murray Edelman (1976) eingeführte Unterscheidung von Maßnahmen- und Inszenierungsebene.¹⁹ Dass staatliche Politik auf der einen Seite konkrete Maßnahmeentscheidungen trifft, die bestimmte Verteilungseffekte haben und unter Umständen partikulare Interessen bedienen, auf der Darstellungsebene hingegen sich stets als Sachwalter des Gemeinwohls und allgemein anerkannter Werte und Prinzipien präsentieren muss – dieser Grundgedanke gehört mittlerweile zum kritischen Handgepäck jedes aufgeklärten Normalbürgers und Zeitungslesers. Er lenkt den Blick auf die Ablösungsmechanismen und Verselbständigungstendenzen der politischen Inszenierungen von den Inhalten, auf die Theatralisierung und Personalisierung der Politik, wie sie der gewachsenen Bedeutung der massenmedial vermittelten Eindrucks konkurrenz ja auch entspricht.

19 Vgl. hierzu auch Honneth/Paris 1979.

Zugleich bringt diese Kritik jedoch gewisse kognitive Kosten mit sich. Sie übergeht nicht nur die Tatsache, dass die öffentliche Selbstdarstellung, der geschickt berechnete Auftritt und die ausgefeilte Rhetorik der Überredung bereits in der Antike zum selbstverständlichen Rollenrepertoire des Politikers gehörten;²⁰ auch der Umstand, dass es in verschiedenen Politikbereichen durchaus unterschiedliche Gewichtungen und Mischungsverhältnisse von Maßnahmen- und Inszenierungsebene geben kann, wird in einer solchen Perspektive verfehlt. Geht man nun davon aus, dass die beiden, ja immer auch aufeinander bezogenen Ebenen grundsätzlich entweder stark oder schwach akzentuiert sein können, so ergibt sich durch logisches Kombinieren folgendes Raster, in dem das zerklüftete Terrain der Politik formal vermessen werden kann:

	Politikfelder			
	I	II	III	IV
Maßnahmenebene	+	+	–	–
Inszenierungsebene	+	–	+	–

Das Schema liefert eine einfache Topographie der Politik. Im Feld I geht es um grundlegende Weichenstellungen der gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung. Maßnahmen mit weitreichenden Folgen, große Reformvorhaben oder Grundsatzentscheidungen der Außenpolitik, werden von den Parteien mit hohem Inszenierungsaufwand breit und kontrovers diskutiert; die öffentliche Resonanz ist stark, jedermann ist in seiner Meinungsbildung tangiert. Hier klaffen Maßnahmen- und Inszenierungsebene kaum auseinander: Die Karten liegen auf dem Tisch, es wird erbittert um die Sache gestritten, sowohl zwischen den Parteien als auch in der Bevölkerung selbst.

Anders im Feld II, das wichtige Maßnahmen mit äußerst geringen Darstellungsanstrengungen der Akteure verbindet. Es gibt weite Bereiche der Politik, die in ihrer laufenden Sacharbeit in hohem Maße von der Öffentlichkeit abgeschirmt sind und in vielen Fällen nur deshalb funktionieren, weil sie deren Relevanzen zunächst ignorieren können. Nicht nur die klassische Geheimdiplomatie, also verdeckte Verhandlungen, die es offiziell gar nicht geben darf, gehört dazu; auch die Detailarbeit der Gesetzgebung in den vielen parlamentarischen Beratungsgremien und Ausschüssen gelingt häufig nur unter solchen Voraussetzungen. Zudem gibt es eine Reihe von Themen und Maßnahmen, die schon aufgrund ihres Spezialisierungsgrades oder ihrer mangelnden Anschaulichkeit für massenmediale Auseinandersetzungen ungeeignet sind. Sie müssen deswegen

²⁰ Vgl. dazu ausführlich Eisermann 1991, S. 146ff.

übrigens keineswegs weniger folgenreich sein: So können kleine, nur als Verordnungen erlassene Neuregelungen mitunter erhebliche Umverteilungseffekte haben, ohne dass dies in der breiteren Öffentlichkeit überhaupt bemerkt wird.

Demgegenüber ist im Politikfeld III die durch die Massenmedien hergestellte Öffentlichkeit überpräsent, ja gelegentlich das Maß aller Dinge. Dies gilt natürlich vor allem für Wahlkämpfe, aber ebenso für das alljährliche »Sommertheater«, bei dem sich auf der leeren parlamentarischen Bühne auch Hinterbänkler zu profilieren suchen (vgl. Paris 1986). Die Ämterritualität der Politiker wird hier unmittelbar als massenmediales Spektakel ausgetragen, das alles andere in den Hintergrund drängt. Dabei steht die ganz auf die Person ausgerichtete Inszenierung allerdings vor dem systematischen Problem, dass die Entscheidungsmaschinerie weitgehend abgestellt ist und Maßnahmen lediglich antizipiert oder erwogen werden. Dadurch bekommen die bei diesen Auftritten abgespulten Statements häufig etwas Ermüdendes, ja Geisterhaftes: Alle reden und niemand handelt. Nicht immer hat eine Regierung das Glück, dass im Wahlkampf eine Flut kommt, die ihr zu tun gibt – und damit zugleich die Gelegenheit verschafft, ihre Tatkraft unter Beweis zu stellen.

Sicher steht außer Frage, dass die Bedeutung der Inszenierungsdimension auch im »normalen« Politikbetrieb in den letzten Jahrzehnten immens zugenommen hat. Längst hat nach amerikanischem Muster eine schrittweise Selbstangleichung der Politik an die Funktionsmechanismen und Relevanzstaffelungen der Massenmedien stattgefunden, die die eingespielten Routinen der Parteiendemokratie neuen Durchsetzungskalkülen und Darstellungszwängen unterwirft und die Machtfiguration klar zugunsten der Vermittlungsagenturen verschoben hat (vgl. Meyer 2001). Dabei sehe ich das Problem dieser Entwicklung weniger in der professionellen Optimierung der Eindrucks konkurrenz selber, sondern in den Ausstrahleffekten, die diese Praktiken auch für die Politikfelder I und II haben. Wenn auch die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mehr und mehr in das Raster der medial vorgegebenen Konfrontationslogik hineingezwängt werden, die Politik also letztlich die Zuspitzungs- und Simplifizierungstechniken der Massenmedien übernimmt und reproduziert, wird die Ausdifferenzierung der Sachprobleme immer schwieriger. Alles was überhaupt diskutiert wird, wird nur noch in Wahlkampfmanier diskutiert. Und ebenso ist der unabdingbare Vorrang der Sachrelevanzen in der alltäglichen Kärnerarbeit der parlamentarischen Ausschüsse und politischen Stäbe in bedenklicher Weise gefährdet, wenn die Einzelberatungen der Gesetze immer schon durch Berechnungen ihrer massenmedialen Präsentation und Durchsetzbarkeit überformt werden. Ein handwerklich schlecht gemachtes Gesetz, das zum Beispiel ein dysfunktionales Anreizsystem institutionalisiert, ist in

seinen gesellschaftlichen Folgen ungleich deströser als jeder misslungene Fernsehauftritt, der die gesamte Nation erregt.

Bleibt schließlich das interessante Politikfeld IV. Dass auch Unterlassen und Schweigen zur Praxis der Politik gehören, ist spätestens seit der Karriere des »Aussitzens« allen geläufig. (Dabei ist übrigens sachlich und moralisch höchst unterschiedlich zu werten, ob es sich bei dem, was jeweils ausgesessen wird, um Argumente, Probleme oder Koalitionsquehlen handelt.) Ebenso wie im Leben ist es auch in der Politik unerlässlich, sich darüber im Klaren zu sein, was man *nicht* ändern kann. Diese Limitierung zu akzeptieren und die Eigendynamik und Rationalität der gesellschaftlichen Teilsysteme respektieren zu lernen, ist gerade für Politiker außerordentlich schwierig. Die moderne Politik arbeitet unter der handlungsleitenden Fiktion, den letztlich kontingenten Gesellschaftsprozess »machen« und kontrollieren zu können. Sie ist dazu verdammt, das Widerfahrnis zu verdrängen und die Verhältnisse grundsätzlich als Resultat eigenen Handelns und Entscheidens aufzufassen. Sie muss Gestaltbarkeit voraussetzen, auch wo sie weitgehend ohnmächtig ist. Daher der Hang zur Selbstüberschätzung, den sie mit den Massenmedien teilt: Beide sind für die Gesellschaft zweifellos wichtig, aber so wichtig, wie sie sich selber nehmen, sind sie nicht.

Eine kleine Geschichte zum Schluss. Sie soll belegen, dass Politik und Medien, wenn sie sich selber kennen, auch unter heutigen Bedingungen durchaus die Chance haben, im klassischen Sinne aufzuklären und selbst unter der Vorgabe des kleinen Formats eine originelle, nicht-simplifizierende Einfachheit zu praktizieren. Ich erinnere mich an eine heute-Sendung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, in der als kleines Personality-Einsprengsel darüber berichtet wurde, wie der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker das goldene Sportabzeichen ablegte. Das Kamerateam war bei der Anfahrt zum Stadion in einen Stau geraten und traf erst ein, als der Weitsprung des Bundespräsidenten schon vorbei war. Auf das Ansinnen der Journalisten, für sie vielleicht noch einmal zu springen, reagierte von Weizsäcker mit der Bemerkung, er habe nichts dagegen, bei seinem Weitsprung gefilmt zu werden, aber er habe etwas dagegen zu springen, *um* dabei gefilmt zu werden. Das ist der Punkt. Dass Richard von Weizsäcker in dieser Weise reflektiert antwortete, war vielleicht nicht so überraschend; dass aber statt des versäumten Weitsprungs nun diese Äußerung in den normalen heute-Nachrichten gesendet wurde, empfand ich spontan als Highlight des politischen Journalismus.

(2003)

